

Haushaltsrede des Kämmerers am 25.01.12

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
verehrte Zuhörer im Saal,
Herr Bürgermeister,

die Haushaltsplanung 2012 stand unter sehr gegensätzlichen Vorzeichen:

Im Oktober setzte der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes ein deutliches Minuszeichen.

Die Botschaft: Rhedes Schlüsselzuweisungen sinken ab 2013 auf ein Niveau von 600.000 €, dauerhaft jährlich 2,2 Mio. Euro weniger als der Standard früherer Jahre. Und das bei steigenden Soziallasten und ohnehin desolater Kommunalfinanzierung.

Im November dann das Pluszeichen: Die allgemeine Steuerschätzung sorgt für die positive Erkenntnis, dass die stabile Wirtschaftslage in Deutschland auch in den kommenden Jahren die Steuereinnahmen weiter wachsen lässt, wenngleich eine gute Portion Ungewissheit wegen der Euro- und Staatsschuldenkrise verbleibt.

Als wir Plus und Minus gegenüberstellten, zeigte sich, dass auch langfristig ein deutliches Defizit verbleibt, sprich unser städtischer Haushalt nicht ausgeglichen ist.

Das bedeutet: Nicht abwarten, ob Hilfe kommt, sondern das Heft des Handelns fest in der Hand behalten. Oder ganz einfach: Raus aus den roten Zahlen - aus eigener Kraft.

Dies ist die Überschrift für ein mehrjähriges Konsolidierungsprogramm, was wir mit dem Haushalt 2012 anstoßen und von 2013 bis 2017 erfolgreich umsetzen wollen.

Die Weichen hierfür wurden bereits in den Beratungen der Haushaltskommission in 2010 und 2011 gestellt. Hinzu kommen neue bzw. weiterführende Schritte, da die bisherigen Überlegungen allein nicht zielführend sind.

Die Rangfolge dabei ist klar: Minderung des Aufwands hat Vorrang vor Erhöhung der Erträge, sprich Belastung der Einwohner und Bürger bzw. der Gebühren- und Steuerzahler. Dieses Prinzip steht oben an.

Aber machen wir uns nichts vor: Auch bei den Einsparungen im Aufwandsbereich sind die Bürgerinnen und Bürger betroffen, weil nämlich städtische Leistungen wegfallen oder sich verändern und Eigeninitiative oder Mitverantwortung gefragt sind.

Wir wissen, dass viele dazu bereit sind. Denn über die Verhältnisse leben heißt den Nachfolgenerationen das Leben noch schwerer machen.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, zu den einzelnen Bausteinen des Konsolidierungsprogramms:

1. (was aber keine Priorität bedeutet): **Einsparungen bei der Musikschule**

Dies ist vorgegeben durch den Beschluss des Ausschusses für Bildung, Soziales und Sport vom 04.05.11. Danach ist es Ziel, die Obergrenze des Finanzierungsanteils der Stadt Rhede am Musikschulverbund Bocholt-Isselburg-Rhede in Höhe von 175.000 € schrittweise ab 2012 so zu senken, dass die Reduzierung in 2014 mindestens 10% beträgt.

Der Musikschulausschuss der drei Städte hat am 08.04.11 ein Maßnahmenkonzept zur Finanzkonsolidierung verabschiedet, das auch nach 2014 neue Potenziale ausschöpfen will.

Die Musikschulzweigstelle Rhede muss einen Beitrag dazu leisten. Es ist zwingend erforderlich, die Möglichkeiten lokaler Kooperationen mit Musikvereinen und anderen Bildungsträgern vor Ort unverzüglich zu nutzen.

2. **Der große Kostenblock Schülerbeförderung**

Es geht zunächst um neue, auch reduzierte Streckenverläufe und den Verzicht auf zu großzügige Serviceleistungen für Einzelne.

Beispiel für erste Veränderungen ist der Buseinsatz im Schülerspezialverkehr Vardingholt, der ab 2012 eine jährliche Kosteneinsparung von rund 20.000 € bringen wird. Auch andere Streckenverläufe sind in Kürze zu überprüfen.

Mittel- bis langfristige Einsparpotenziale ergeben sich aus einer notwendigen europaweiten Ausschreibung im zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung von Ganztagsunterricht und mit sinkenden Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung.

3. **Das Großprojekt Sportzentrum**

Der jährliche Zuschussbedarf, sprich das Defizit des Sportzentrums, beträgt 300.000 €, eine erhebliche Belastung für den städtischen Haushalt. 70.000 € hiervon entfallen auf Schulen und Volkshochschule, 230.000 € sind Subventionierung der Sportvereine.

Die Nutzungsverträge mit den Sportvereinen VfL Rhede und LAZ Rhede im Sportzentrum laufen nach 30 Jahren aus. In dieser langen Zeit hat die Stadt die beiden Vereine aufgrund besonderer Verpflichtungen von Kostenbeteiligungen zu fast 100 % freigestellt.

Aufgrund der Sparzwänge, aber auch im Interesse einer ausgewogenen Sportförderung sind die wirtschaftlichen Vorteile der bisher zu Recht begünstigten Vereine in angemessener Weise zu reduzieren. Sie sollen ab 2013 Nutzungsentgelte oder Mieten zahlen, die möglichst der Belastung von Eigentümervereinen ähnlicher Größenordnungen für ihre Sportanlagen entsprechen.

Ziel ist es weiterhin, die Personal- und Sachkosten auf der Grundlage eines neuen Betriebs- und Pflegekonzeptes für das Sportzentrum zu mindern. Hier wird die Stadt ihren Beitrag zur Kostenminderung leisten.

Die DJK Rhede soll die angrenzende ehemalige TV-Anlage zu vergleichbaren Konditionen nutzen, die auch künftig für VfL und LAZ gelten. Allen drei Vereinen werden Kooperationen bei der Nutzung der Anlagen und die Übernahme von Eigenverantwortung dringend empfohlen.

In der Summe wird eine Budgetreduzierung von jährlich 60.000 € eingeplant. Darin ist eine Kostenminderung enthalten, die der städtische Bauhof realisieren wird. Von den drei Vereinen wird eine Beteiligung von rund 45.000 € erwartet. Auch andere Nutzer sollen deutlich höhere Entgelte zahlen, z.B. Rheder Vereine, die in der Sporthalle oder im Kraftraum trainieren, oder auswärtige Nutzer, die die Anlage zu Trainings- oder Wettkampfszwecken buchen.

Das Defizit Sportzentrum soll ab 2013 also nicht mehr 300.000 €, sondern nur noch 240.000 € betragen. Nach Abzug des Anteils von 70.000 € für Schulen und VHS verbleiben dann noch 170.000 € jährlich als Subventionierung des Vereinssports und des Leistungszentrums Leichtathletik, eine stolze Summe.

Meine Damen und Herren,

die Stadt des Sports lässt es sich also auch künftig etwas kosten, dass der Sportpark Aushängeschild für Rhede ist. Nicht zuletzt ist der hohe Mitteleinsatz auch Ausdruck des öffentlichen Interesses und ein Stück Wirtschaftsförderung.

Die betroffenen Vereine dürfen nicht unterschätzen, dass angesichts des verbleibenden Defizits ihr Kostenbeitrag von 45.000 € von vielen, insbesondere den anderen Sportvereinen, als nicht ausreichend betrachtet wird. Hier sind klare Positionen der Politik gefordert.

Die Diskussion über Kunstrasenplätze stellt die Verteilung der laufenden Kostenbelastung leider in den Hintergrund. Dabei ist doch eindeutig: Solange nicht die Vertragskonditionen ab 2013 vereinbart sind, wird es kein grünes Licht für den Bau eines Kunstrasens geben.

Die Verwaltung hat schon im April 2011 und später beim Runden Tisch des Sports im Juli signalisiert, dass für Investitionen in das Sportzentrum einschließlich der benachbarten DJK-Anlage städtische Eigenmittel von 420.000 € zuzüglich 180.000 € aus der Sportpauschale bereitgestellt werden könnten, in der Summe also 600.000 €, und zwar in der Zeitspanne 2012 bis 2015.

Angedacht wurde, dass auf VfL-Investitionen 200.000 € entfallen könnten, wobei der Verein eine Beteiligung in gleicher Größenordnung schultern sollte, also ebenfalls 200.000 €. Für DJK-Investitionen waren 400.000 € in Aussicht genommen, immer vorbehaltlich der Haushaltssituation und vorbehaltlich der politischen Entscheidung.

DJK stellt keine Mitfinanzierung in Aussicht, sondern will Eigenmittel nur in ein Vereinsgebäude investieren.

Nun gibt es die Erkenntnis, dass Kunstrasenplätze deutlich teurer werden als von allen Seiten zunächst angenommen. Hinzu kommt, dass die Vorstellungen der DJK sehr weit über den anvisierten Mitfinanzierungsbetrag von 400.000 € hinausgehen.

In drei Gesprächen nach unserem Finanzierungsvorschlag im April 2011 kamen jeweils zusätzliche Kostengrößen auf den Tisch, für den Rückbau der alten Anlagen am Pastors-

busch, für die Erweiterung des Sportzentrums nach Westen, für die komplette Infrastruktur auf und um den neuen Platz, die Anschlusskosten für ein Vereinsheim, für die Außenanlagen und für neue Parkplätze.

Um all diese Forderungen zu erfüllen, reichen nicht 400.000 €, es reichen auch nicht 800.000 €.

Insofern haben wir die beiden Fußballvereine gebeten, nochmals ernsthaft die gemeinsame Nutzung von Plätzen und die gemeinsame Finanzierung der Investitions- und Folgekosten in Betracht zu ziehen. In einigen Städten gibt es dafür gute Beispiele.

Die insgesamt in den Raum gestellten 600.000 € stehen so in unserem Haushaltsentwurf, 400.000 € in 2012 mit Vereinsbeteiligung von 200.000 € und darüber hinaus 200.000 € in 2015 – genau so wie im vergangenen Jahr signalisiert, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ein Mehr wäre nicht finanzierbar. Das überfordert die städtischen Finanzen und darüber hinaus die Leistungsfähigkeit der Vereine, da sie die laufenden Folgekosten mitfinanzieren müssen.

Dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen, wenn die Politik zu erkennen gibt, dass es finanzielle Spielräume geben könnte. Ich sehe sie nicht. Das ginge nur mit weiterer Verschuldung. Wenn es jedoch bessere Lösungen bei gleichem Mitteleinsatz gibt, so sollten wir sie zügig gemeinsam entwickeln.

Meine Damen und Herren,

das Thema Sportzentrum ist also ein neuralgischer Punkt in unserem Konsolidierungsprogramm, aber ein mitentscheidender für die erfolgreiche Umsetzung.

Und nun zu Punkt

4. Entgelte für die Nutzung der Sporthallen durch Vereine und andere Gruppierungen

Es ist vorgesehen, die Turn- und Sporthallen der Stadt in den bestehenden „Betrieb gewerblicher Art“ im Sinne des Steuerrechts zu integrieren. Dieser „Betrieb“ umfasst bisher das Sportzentrum mit angrenzender DJK-Anlage sowie den Sportplatz am Schulzentrum.

Sämtliche Nutzer, also Schulen, VHS, Vereine und andere Gruppierungen, sollen Nutzungsentgelte zuzüglich Mehrwertsteuer zahlen, künftig also auch für die Sporthallen. Bisher werden nur in sehr geringem Umfang Energiekostenanteile mit der Sportförderung verrechnet.

Der „Betrieb gewerblicher Art“ ist abzugsberechtigt für die Vorsteuern auf Betriebs-, Unterhaltungs- und Investitionskosten, die ansonsten für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft Kosten bedeuten.

Die Belastung der Nutzer wird sich verträglich gestalten. In den Verteilungsregeln der Sportförderung bekämen nämlich die Sporthallen eine neue Gewichtung. Ziel ist es, jährliche Kosten in Höhe von mindestens netto 30.000 € einzusparen.

Es gilt hier zu bedenken, dass die Stadt gerade in den letzten Jahren mehr als 3 Mio. Euro in den Neubau, die Sanierung und die Ausstattung von Sporthallen investiert hat. Die Nutzung zum Nulltarif ist auch im Sinne einer ausgewogenen Sportförderung nicht mehr vertretbar.

Zu Punkt 5: Jugendhaus „Bäkentreff“

Das Konsolidierungspaket sieht vor, dass die Betriebskosten der Einrichtung mittel- bis langfristig schrittweise deutlich gesenkt werden. Auf dem Prüfstand stehen räumliche und organisatorische Maßnahmen, Kooperationen mit anderen Trägern sowie in der Folge Reduzierung von Stellenanteilen.

Die räumlichen Kapazitäten sind angesichts der Kostensituation überdimensioniert. Sie bedingen auch einen unverhältnismäßig hohen Mittel- und Personaleinsatz in Relation zur Nutzung. Ziel ist es, langfristig jährliche Kosten von mindestens 30.000 € einzusparen. Bei Aufgabe des Standortes wären durch die Veräußerung der Flächen Erträge im Ergebnishaushalt und liquide Mittel im Finanzplan zu erzielen.

6. Aufgabe der Spolerschule, Zweigstelle der Overberg-Grundschule

Die Schülerzahlen der Einschulungsjahrgänge werden von Jahr zu Jahr geringer. Es ist absehbar, dass die räumlichen Kapazitäten insgesamt langfristig auch ohne das Gebäude der Spolerschule ausreichen, so dass der Standort aus rein wirtschaftlicher Sicht möglichst früh aufgegeben werden sollte, zumal der Gebäudebestand teils saniert und energetisch optimiert werden müsste.

Natürlich sind die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung noch mit den monetären Zwängen in Einklang zu bringen.

Ziel ist es, langfristig Betriebs- und Unterhaltungskosten einschließlich Personalaufwand von mindestens jährlich 50.000 € einzusparen. Darüber hinaus sind durch die Veräußerung der Flächen, auch im Umfeld, Erträge im Ergebnishaushalt und liquide Mittel im Finanzplan zu erzielen.

7. Interkommunale Zusammenarbeit

Seit einiger Zeit werden verstärkt die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit zwischen den Kommunalverwaltungen geprüft und zwischen möglichen Partnern erörtert, insbesondere mit den Nachbarkommunen.

Auf dem Prüfstand stehen Themen wie Finanzbuchhaltung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, gemeinsame Inkassostelle, eine zentrale Vergabestelle und das Einkaufs- und Beschaffungsmanagement. Personalaufwand allerdings lässt sich hierdurch nur schrittweise reduzieren. Ziel ist es, langfristig jährliche Kosten von 30.000 € einzusparen.

8. Die Unterhaltung der Wirtschaftswege

In enger Kooperation mit der Landwirtschaft wird das Netz ländlicher Wege im Außenbereich der Stadt demnächst überprüft. Ziel ist es, einige Wege für die öffentliche Nutzung aufzugeben und der Landwirtschaft für ihre Zwecke zu überlassen.

Damit entfällt die Wegeunterhaltung durch den Bauhof der Stadt. Ziel ist es, den Arbeits-, Fahrzeug- und Maschineneinsatz des Bauhofes in diesem Bereich schrittweise abzubauen und langfristig die Kosten in einer Größenordnung von 40.000 € jährlich zu reduzieren. Es ist dagegen nicht beabsichtigt, den Mittelansatz für die Instandsetzung von Straßen zu reduzieren.

9. Reduzierung des Energieverbrauchs durch bauliche und technische Maßnahmen

Auch in 2012 und den Folgejahren sind weitere erhebliche bauliche und technische Maßnahmen zur energetischen Optimierung der Gebäudesubstanz insbesondere in den städtischen Schulen vorgesehen.

Hierdurch werden die Energieverbräuche sukzessiv sinken und langfristig Kosteneinsparungen von jährlich 70.000 € erwartet. Letztlich werden hiermit wohl nur die Mehrkosten durch Preissteigerungen für Energiebezug kompensiert. Sie sind natürlich in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Leistungsbudgets gegengerechnet.

10. Reduzierung der Aufwendungen für Gebäudeinstandsetzung nach ganzheitlicher Sanierung sowie durch Aufgabe und Veräußerung von Gebäuden - Was verbirgt sich dahinter?

Die Strategie zur Instandhaltung bzw. Sanierung der städtischen Immobilien wird künftig verändert. Bisher wurden wegen der unzureichenden Liquidität und des Instandhaltungsrückstaus vielfach nach dem „Feuerwehrprinzip“ die jeweils dringendsten Einzelgewerke an verschiedenen Gebäuden durchgeführt, hier Fenster, dort Heizung, woanders die Elektroinstallation.

Künftig sollen überwiegend komplette Gebäude bzw. Gebäudeblöcke, insbesondere Schulen, ganzheitlich erneuert werden und annähernd Neubaustandard erhalten.

Das heißt, einzelne Maßnahmen an Dach, Fassade oder Haustechnik werden gebündelt und in einer großen investiven Maßnahme zeitgleich durchgeführt. Damit entfallen dort künftig Instandhaltungsmaßnahmen über einen längeren Turnus, Wartungsleistungen werden gestreckt und kostengünstiger.

Darüber hinaus sollen einige unwirtschaftliche Gebäude mit einem hohen Unterhaltungs- und Sanierungsbedarf aufgegeben und veräußert werden. Damit werden ebenfalls laufende Aufwendungen eingespart.

Ziel ist es, schrittweise den Mitteleinsatz für die Instandhaltung von Gebäuden zu reduzieren, langfristig jährlich um 150.000 €.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um ganzheitliche Sanierung in diesem Sinne durchführen zu können, werden liquide Geldmittel benötigt. Eine hohe Kreditierung würde das Vorhaben fragwürdig machen.

Hier setzt **Punkt 11** des Programms an:

Die Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden

Sie soll für zusätzliche Liquidität in einer erheblichen Größenordnung sorgen. Zielvorgabe ist es, in der Zeitspanne 2013 bis 2016 aus der Veräußerung von Grundstücken bzw. Immobilienvermögen Investitionseinzahlungen, also liquide Mittel, in Höhe von netto 3,2 Mio. € zu erwirtschaften.

Diese Vermögenserlöse werden dann in Vermögenswerte reinvestiert. Wie gerade beschrieben, soll der Sanierungsstau in den Schulgebäuden durch ganzheitliche investive Erneuerungsmaßnahmen zügiger als bisher abgebaut werden.

Wenn hohe Veräußerungserlöse als Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, hält sich der Kreditbedarf in verträglichen Grenzen. Hilfreich ist, dass für die Erneuerung des Infrastrukturvermögens und für energetische Verbesserungen äußerst zinsgünstige Investitionsdarlehen aus dem KfW-Förderprogramm für Kommunen eingesetzt werden können.

Dieses Konzept verspricht, da bin ich sicher, nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Für den Ergebnishaushalt bedeutet es gleichzeitig, dass er von Instandhaltungsmaßnahmen entlastet wird.

Mit der Veräußerung von unbebauten Grundstücken wird es neben der Liquiditätsgewinnung einen weiteren wichtigen Effekt geben, nämlich

die Erzielung von Erträgen im Ergebnisplan zur Reduzierung des Defizits.

Das steht in **Punkt 12** des Konsolidierungsprogramms.

Zielvorgabe ist es, in der Zeitspanne 2013 bis 2016 aus Immobilienverkäufen einen Nettoertrag für den Ergebnishaushalt von mindestens 2,0 Mio. € zu erwirtschaften. Bei den unbebauten Grundstücken handelt es sich überwiegend um Flächen, die im Anlagevermögen als Grünflächen gering bewertet sind und nach Überplanung zu einem deutlich höheren Verkehrswert veräußert werden können.

Meine Damen und Herren,

ohne die **Verbesserung der Finanzkraft der Stadt**

würde das Konsolidierungsprogramm sein Ziel, den nachhaltigen Haushaltsausgleich, wohl kaum erreichen.

In Punkt 13 geht es deshalb um die

höhere Gewinnausschüttung der Stadtwerke Rhede GmbH.

Die Stadt Rhede hat ihre 100%ige Tochtergesellschaft Stadtwerke Rhede GmbH mit einem Stammkapital von 10 Mio. € ausgestattet. Nach der Gemeindeordnung und dem Gesellschaftsvertrag muss dieses Kapital angemessen verzinst werden.

Eine Zielvereinbarung aus 2008 zwischen Stadt und Gesellschaft sieht vor, dass die Gewinnausschüttung unter Berücksichtigung des Defizits aus der Sparte „Bäder“ jährlich netto 235.000 € betragen sollte.

Allerdings musste der städtische Haushalt für 2008 und 2009 komplett und für 2010 anteilig auf diese Einnahme verzichten.

Zwischen Stadt und Gesellschaft wurde im Dezember Einvernehmen erzielt, dass für die Jahre 2012 bis 2014 (die Auszahlung erfolgt jeweils im Folgejahr) Gewinnausschüttungen von jährlich netto 303.000 € in Aussicht genommen werden. Das würde für den städtischen Haushalt einen jährlichen Mehrertrag von 68.000 € bedeuten.

Schlussendlich komme ich zu den Steuern.

Ich hatte es anfangs gesagt: Die zusätzliche Belastung des Steuerzahlers steht hinten an, ist nachrangig, solange Einsparprojekte allein zum Haushaltsausgleich führen.

Leider gelingt das nicht ganz. Wir brauchen deshalb auch Mehreinnahmen aus Steuern.

Punkt 14 sieht die **Erhöhung der Grundsteuer B** vor, nicht in 2012, aber in 2013.

Eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft durch eine Gewerbesteuererhöhung dürfte kontraproduktiv sein und steht den Bemühungen um Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rhede entgegen.

Die Erhöhung der Grundsteuer B dagegen soll als (möglicherweise befristeter) Sonderbeitrag der Bürger zur Konsolidierung der städtischen Finanzen verstanden werden, der nur die letzte verbleibende Lücke schließt.

Dies entspricht der Empfehlung des Gutachtens „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie“ aus März 2011 (das sogenannte Junkernheinrich-Lenk-Gutachten), in Auftrag gegeben von der Landesregierung NRW.

Viele Städte und Gemeinden schließen sich dieser Empfehlung an, zumal es keine Anzeichen für eine höhere Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen von Bund und

Ländern gibt oder alternativ eine Entlastung von Sozialaufwand. Die Bundes- und Landeskommissionen für eine Gemeindefinanzreform sind abgetaucht.

Was lernen wir daraus: Wenn der Bund den **Staatsbürger** von Steuern entlastet statt die Kommunen von Sozialausgaben, dann trifft das letztlich den Geldbeutel des **Gemeindegürgers**.

Damit wäre ich wieder bei der Grundsteuer B. Sie belastet unmittelbar die Eigentümer von Gebäuden und unbebauten Grundstücken, also neben den Wohnimmobilien auch die Gewerbeimmobilien und mittelbar über Betriebskostenabrechnungen auch die Mieter und Pächter.

In einem ersten Schritt wird die Erhöhung der Grundsteuer B für 2013 in Aussicht genommen, und zwar in Höhe von ca. 6%, was einer jährlichen Mehreinnahme für die Stadt von rund 150.000 € entspricht, die als Zielvorgabe dieses Konsolidierungsprogramms zu verstehen ist.

Je nach Einheitswert zahlen dann beispielsweise die Eigenheimbesitzer 5 bis 30 € jährlich mehr an die Stadtkasse. Für größere gewerbliche Betriebe fallen durchaus jährlich 400 bis 1.200 € mehr an Grundsteuer B an.

Ob darüber hinaus Steuererhöhungen in weiteren Schritten erforderlich sind, ist Jahr für Jahr bei der Anpassung dieses Konsolidierungskonzeptes zu entscheiden.

Meine Damen und Herren,

die Zielrichtung des Haushaltsentwurfs, den wir heute vorlegen, lautet: Wir schreiben ab 2015 nachhaltig schwarze Zahlen! Wir bleiben finanziell handlungsfähig!

Die Haushalte 2009 bis 2011 waren defizitär. Die Ausgleichsrücklage in Höhe von 7,3 Mio. € wurde in dieser Zeitspanne voll verbraucht. Von 2012 bis 2014 werden wir trotz Konsolidierung weitere Fehlbeträge von insgesamt 2,8 Mio. € aus der Allgemeinen Rücklage ausgleichen müssen und damit Eigenkapital verzehren. Ohne das Konsolidierungspaket wären es sogar knapp 5 Mio. Euro.

Und ohne Konsolidierungsmaßnahmen stünde auch 2015 unter dem Strich ein Defizit von mindestens 700.000 €.

Das Gesamtpaket hat ein Volumen von insgesamt knapp 5 Mio. Euro im Ergebnisplan und von 3,2 Mio. Euro im Finanzplan, sprich Investitionsplan. Es enthält aber einige Einmaleffekte. Grundstücke kann man nur einmal verkaufen.

Also muss der Blick über 2015 hinausgehen. Deshalb ist das Programm bis 2017 ausgelegt. Es belegt rein rechnerisch, dass dann in drei Haushaltsjahren aufeinander eine schwarze Null möglich und somit Nachhaltigkeit gegeben ist.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

in den Haushaltsberatungen wird es sicherlich unterschiedliche Auffassungen zu den einzelnen Bausteinen des Programms geben. Das soll auch so sein. Ich rate allerdings dringend dazu, das Volumen des Gesamtpaketes nicht in Frage zu stellen.

Nehmen Sie einen Baustein weg, fügen Sie bitte einen anderen hinzu. Mindern Sie die Zielgrößen in dem einen Baustein, erhöhen Sie bitte die Zielgrößen in einem anderen. Aber verwässern Sie nicht das Ziel an sich. Das ist meine Bitte für die anstehende politische Debatte.

Die Konsolidierung der städtischen Finanzen erfordert ein stringentes konzeptionelles Vorgehen in Anlehnung an das Verfahren der Haushaltssicherung. Punktuelle Sparbemühungen an vielen kleinen Positionen oder gar nur Sparbekundungen sind nicht ausreichend.

Das Programm hat einen höheren Anspruch. Sämtliche Bausteine erfordern gemeinsame Kraftanstrengungen, intensive Verwaltungsarbeit und politisches Engagement.

Die einzelnen Einsparprojekte müssen im Dialog zwischen Politik und Verwaltung weiterentwickelt werden. Sollte ein Projekt im Laufe der Entscheidungsprozesse verworfen werden oder nicht in der angestrebten Größenordnung erfolgreich sein, sind die eingeplanten Budgeteffekte möglichst an anderer Stelle zu erzielen. Jahr für Jahr ist das Programm in dieser Weise nachzujustieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2012 ist durch den Blick nach vorn in Richtung 2015 bis 2017 in den Hintergrund geraten: Hier nur noch eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Haushaltsdaten:

Die Steuereinnahmen steigen nach der allgemeinen Prognose in 2012 um knapp 1,4 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen einschließlich Abmilderungshilfe nach dem neuen Verteilungsmodus im Gemeindefinanzierungsgesetz sinken nach 2011 zum zweiten Mal, jetzt um 160.000 €, im nächsten Jahr nochmals um knapp eine Million.

Wie gut, dass der Kreis richtig reagiert und die Städte und Gemeinden entlastet. Rhede zahlt in 2012 200.000 € weniger an Kreisumlage.

Allerdings steigt der Aufwand im konsumtiven Bereich, wenn auch relativ geringfügig, um 230.000 €.

Es gibt eben unvermeidlichen Mehraufwand oder Minderertrag aufgrund von Tarifen, Gesetzen und Verträgen, die durch positive Entwicklungen oder zusätzliche Einsparungen nicht in 2012, sondern nur längerfristig kompensiert werden können.

Allein der Sozialaufwand steigt an verschiedenen Stellen im Leistungsbudget in der Summe um 200.000 €. Hinzu kommt ein Mehr an Personal- und Versorgungsaufwand von 235.000 €. Dies konnten wir an anderen Positionen nur teilweise ausgleichen.

Wenn auch das Dauerziel „Null-Wachstum im konsumtiven Bereich“ nicht ganz erreicht werden kann, so verlassen wir doch in keiner Weise den jahrelangen Sparkurs.

Bei den Investitionen haben wir uns auf das Vordringliche beschränkt und Wünschenswertes zurückgestellt. Was im Vorjahr nicht abgewickelt werden konnte, musste neu veranschlagt werden. Nur hierdurch ist eine geringe Nettoneuverschuldung begründet, die 2011 nicht eingetreten ist. Kassenkredite werden in diesem Jahr nur in geringem Umfang benötigt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die roten Zahlen 2012 sind dank der geplanten Konsolidierung nicht mehr so dunkelrot wie in den Vorjahren, aber sie werden erst schwarz in 2015.

Was zu tun ist, habe ich vorgestellt. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit.

Danke fürs Zuhören.